

Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.



Annette Schavan / Ronald Pofalla

Unternehmen sollen weitere Ausbildungsplätze schaffen

Auch im Sommer 2006 fehlen in Deutschland über 30.000 Ausbildungsplätze.

Deshalb will die CDU mit der Aktion „Jobstarter“ das Thema Ausbildungsplätze in den Kreisverbänden und Wahlkreisen in den Blickpunkt rücken und dort gemeinsam mit Kommunen,

Unternehmern und Berufsschulen neue Lehrstellen aktivieren. Wir wollen dazu beitragen, dass alle ausbildungsfähigen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz finden. Denn die duale Ausbildung ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für gute

INHALT

Ronald Pofalla:
Brief an die Kreis- und Ortsvorsitzenden der CDU Deutschlands
Seite 4-7

Informationskampagne
„Die Union handelt – wir kommen voran“
Seite 6

Annette Schavan:
Wofür steht die CDU?
Seite 8-10

HEUTE AKTUELL

■ Günther H. Oettinger: Herausforderung Digitalisierung (Seite 10–11) ■ Berlin: „Durchmarsch ins Rote Rathaus“ (Seite 12) ■ Rheinland-Pfalz: Baldauf neuer Landesvorsitzender (Seite 13) ■ Bremen: 60 Jahre CDU Bremen (Seite 14) ■ Die virtuellen Arbeitskreise – Flexible Mitarbeit am Grundsatzprogramm (Seite 15) ■ Johannes Singhammer: Spracherwerb ist Integrationspflicht (Seite 16–17) ■ ■ Jürgen Klimke: Rückenwind der WM für Tourismusmarketing nutzen (Seite 16) ■ Christian Ruck: Deutsche Personalpräsenz erhöhen (Seite 17) ■ Otto Berhardt/Manfred Kolbe: Investitionszulagengesetz 2007 – Aufbau Ost geht weiter (Seite 17–18) ■ Hubert Hüppe: Eckpunkte der Gesundheitsreform positiv für Behinderte (Seite 18)

► Zukunftsperspektiven junger Menschen.

Wir packen in der CDU mit an und werden in unseren 360 Kreisverbänden, fast 12.000 Ortsverbänden und mit unseren 180 Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen für zusätzliche Lehrstellen werben und auch die Verantwortung von Unternehmen für die Schaffung von Ausbildungsplätzen einfordern. Wir können nicht akzeptieren, dass tausende junger Menschen keine Lehrstellen finden und damit schon beim Start ins Berufsleben nicht Fuß fassen können.

Die Große Koalition verbessert die Senkung des Bei-

trages zu Arbeitslosenversicherung, der Erbschafts- und Unternehmenssteuerreform sowie dem Neuanfang beim Bürokratieabbau die Rahmenbedingungen für Unternehmen nachhaltig. Die CDU fordert die Wirtschaft auf, die anziehende Konjunktur zu nutzen und über den kurzfristigen Bedarf hinaus Lehrstellen zu schaffen, um in die Zukunft junger Menschen zu investieren.

Annette Schavan ist stellvertretende CDU-Vorsitzende und Bundesministerin für Bildung und Forschung, **Ronald Pofalla** ist der Generalsekretär der CDU Deutschlands.

AKTIONEN VOR ORT

Auch im Sommer 2006 fehlen in Deutschland Ausbildungsplätze. Die CDU nimmt sich dieses Themas an. Durch Aktionen vor Ort wird die CDU das Problem thematisieren, Ursachen ermitteln und versuchen, Lösungen zu finden und Hilfe zu geben.

Die CDU kann in dieser Situation Moderator, Mittler, Helfer oder Unterstützer sein. Um die Verbände zu unterstützen, hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen Leitfaden mit Aktionsvorschlägen für die Arbeit vor Ort erarbeitet. Diesen finden Sie neben einem Musterbrief im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 2226-8 02-0, Telefax 0 2226-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 2226-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Bundestagsfraktion on „Job-Tour“

Zum Auftakt einer bundesweiten Aktion für mehr betriebliche Ausbildungsplätze hat der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Volker Kauder zusammen mit weiteren Bundestagsabgeordneten das Rolls Royce-Werk im brandenburgischen Dahlewitz besucht.



Die „Delegation“ der Bundestagsfraktion besichtigt unter sachkundiger Führung das Werk.

Kauder lobte die überdurchschnittliche Ausbildungsquote des Triebwerkherstellers Rolls Royce, der in Ostdeutschland das größte Luftfahrtunternehmen ist. Im gewerblichen Bereich beginnen dort pro Jahr zehn Fluggerätemechaniker ihre Ausbildung. Drei wollen den Beruf des Industriekaufmanns bzw. der Industriekauffrau ergreifen. Im gewerblichen Bereich beträgt die Ausbildungsquote 11,6 Prozent und liegt damit weit über dem Durchschnitt. In den vergangenen Jahren wurden alle Auszubildenden in das Unternehmen übernommen. Kauder erinnerte daran, dass auch für Schülerinnen und Schüler mit geringerer Qualifikation ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden müssten und appellierte an die Unternehmen, Arbeitsplätze auch im Niedriglohnbereich zu schaffen.

Derzeit gibt es noch 315.000 nicht vermittelte Bewerber für einen Ausbildungsplatz. Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung Anlass zu vorsichtigem Optimismus gebe, bleibe die Lage auf dem Ausbildungsmarkt weiterhin sehr kritisch, sagte Kauder. „Unser Ziel ist es, dass jeder vermittlungswillige Bewerber auch einen Ausbildungsplatz erhält“, ergänzte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Laurenz Meyer. „Um die Jugendlichen auf eine Ausbildung und die Arbeitswelt gezielt vorzubereiten, müssen Bund, Länder und Wirtschaft gemeinsam an einem Strang ziehen und alle Qualifikationspotenziale nutzen“, unterstrich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katherina Reiche. Im Rahmen der bundeswei-

ten Aktion werden die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion die Sommerpause nutzen, um sich in ihren Wahlkreisen bei den Unternehmen über die örtliche Situation des Ausbildungsmarktes zu informieren und um für mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu werben.

Aktuelle Informationen der Bundestagsfraktion zu den Reformvorhaben der Union auf www.cducsu.de:

Eckpunkte zu einer Gesundheits-Reform 2006, PDF (55 S.)

Eckpunkte zur Unternehmen-Steuerreform, PDF (3 S.)

Materialien zur Föderalismusreform (Reden, Gesetzentwürfe, Beschlüsse etc.), PDF



Ronald Pofalla

Brief an die Kreis- und Ortsvorsitzenden der CDU Deutschlands

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

„Das Fest ist vorbei. Deutschland hat sich verändert.“ – so titelte gestern die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Deutschland hat sich selbst und das Ausland mit einer Begeisterungswelle, einem selbstverständlichen und einer unglaublich herzlichen Gastfreundschaft überrascht. Die unverkrampte Identifikation der Deutschen mit unserer Fahne und unserer Nationalhymne sowie die breite Unterstützung unserer Mannschaft durch alle Teile unserer Gesellschaft haben mich besonders bewegt. Mit dem Ende der Fußball-WM steht die Sommerpause vor der Tür. Anlass für einen kurzen Rück- und Ausblick. Das erste Halbjahr war davon geprägt, auf Regierungsseite dicke Reform-Bretter zu bohren und auf Parteiseite die Erneuerung und Modernisierung des Grundsatzprogramms anzuschieben.

Das neue CDU-Grundsatzprogramm, welches wir auf dem Bundesparteitag Ende 2007 beschließen werden, bietet die große Chance, noch deutlicher zu machen, wofür die CDU Deutschlands steht und was sie von allen anderen Parteien unterscheidet. Es geht um Grundsätze für Deutschland. Die CDU ist die einzige Volkspartei der Mitte, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und unverrückbarer Werte Poli-



Generalsekretär Ronald Pofalla

tik für eine gute Zukunft Deutschlands gestaltet. Dieser Anspruch besteht im 21. Jahrhundert fort. Und diesen Anspruch gilt es mit neuen Antworten auf neue Fragen zu untermauern.

Die Grundsatzprogramm-Kommission arbeitet nunmehr seit einem Viertel Jahr unter meinem Vorsitz. Als stellvertretende Vorsitzende

wurden vom Bundesvorstand unsere stellvertretende Parteivorsitzende und Bundesministerin Dr. Annette Schavan sowie die Ministerpräsidenten Dieter Althaus und Peter Müller berufen. Die Arbeit ist geprägt von großem Engagement der Kommissionsmitglieder und einem sehr konstruktiven Geist. Dabei war der Kommission gleich zu Beginn das Selbstverständnis unserer Partei von besonderer Bedeutung: Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bleiben unsere Grundwerte-Trias; das christliche Menschenbild unsere Richtschnur! Das ist das einstimmige Ergebnis einer ersten Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission.

Um der Partei die Möglichkeit zu bieten – parallel zu der Kommission und im Austausch mit der Kommission – sich den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft zu widmen, haben wir „Leitfragen“ erarbeitet und verabschiedet. Sie wurden inzwischen über 30.000 Mal von der Partei, aber auch von interessierten

Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen, abgerufen. In den Kreisverbänden wurden Beauftragte für die Grundsatzprogrammarbeit benannt. Sie stellen unsere Botschafter in die Kreis- und Ortsverbände dar.

Alle Kreisvorsitzenden und Grundsatzprogramm-Beauftragten habe ich für den 21. August 2006 zu einer Konferenz zur Grundsatzprogramm-Arbeit nach Berlin eingeladen. Ich freue mich auf den Austausch und auf die Gelegenheit, die bisherigen Arbeitsergebnisse der Kommission und die Planung für die Zeit bis zum Bundesparteitag Ende 2007 vorstellen und diskutieren zu können. Am 22. August 2006 werden wir bei einem Grundsatzprogramm-Kongress in Berlin unter dem Motto „Grundsätze für Deutschland“ auch mit externen Experten über unsere Leitfragen sprechen. Ich lade Sie herzlich ein, sich an dieser Diskussion über die Zukunft unseres Landes zu beteiligen!

Die CDU setzt bei der Begleitung und Unterstützung der Regierungsarbeit eigene Akzente. Deshalb habe ich gestern gemeinsam mit unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan die Aktion „Jobstarter“ ins Leben gerufen, bei der wir bundesweit für mehr Ausbildungsplätze werben. Denn für die CDU gilt: Jede junge Frau und jeder junge Mann muss die Chance haben, eine qualifizierte Ausbildung zu erhalten. Lassen Sie uns gemeinsam die Sommermonate nutzen, um für mehr Zukunftschancen junger Menschen zu arbeiten!

Die Regierungsarbeit orientiert sich am Koalitionsvertrag. Die gemeinsam abgesteckten Ziele sind wichtig für unser Land. Vor der Sommerpause hat die Bundesregierung hierzu weitere wichtige Beschlüsse gefasst.

Die Eckpunkte der Gesundheits-, Unternehmens- und Erbschaftssteuerreform sind verabschiedet. Für die CDU stand die Reform der Sozialen Sicherungssysteme und insbesondere der Krankenversicherung schon lange auf der Tagesordnung. Für uns ist dabei klar, dass der Grundsatz gilt: Jeder muss auch in Zukunft unabhängig von seinem Geldbeutel die medizinische Versorgung erhalten, die er benötigt.

Wir wissen aus vielen Bereichen, die ehemals stark reglementiert waren, wie z.B. dem Telekommunikationsmarkt, dass Wettbewerb vor allem den Kunden zu Gute kommt. Unser Leitbild ist der mündige Versicherte, der für sich die passende Gesundheitsversorgung in einem wettbewerbsorientierten und effizienten System auswählen kann.

Wir haben mit unserem Koalitionspartner nach langen Verhandlungen einen Durchbruch in eine neue Gesundheitsfinanzierung erreicht:

- Uns ist der Einstieg in die Abkoppelung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten gelungen – eine entscheidende Voraussetzung, damit die Unternehmen in unserem Land wieder neue Arbeitsplätze schaffen können.
- Mit dem Einstieg in die Finanzierung der Krankenversicherung für Kinder durch die Allgemeinheit ist das System auch familiengerechter geworden. Das werden wir ohne Steuererhöhungen schaffen.
- Mit der Schaffung des Gesundheitsfonds ist uns eine echte Strukturreform gelungen, die für mehr Transparenz und Wettbewerb im Gesundheitswesen sorgen wird.
- Die private Krankenversicherung bleibt als Vollversicherung erhalten.



Die Große Koalition hat noch vor der Sommerpause zentrale politische Reformprojekte auf den Weg gebracht: Konkret zu nennen sind die Föderalismus- und die Gesundheitsreform sowie Eckpunkte für die Unternehmen- und Erbschaftsteuer.

Informationskampagne

„Die Union handelt – wir kommen voran“

Diese Ergebnisse untermauern nicht nur den Reformwillen der Union, sondern sie sind ein Beleg für unsere Handlungsfähigkeit. Die Handschrift der Union ist in den erzielten Kompromissen klar erkennbar. Damit die breit in die Bevölkerung hinein getragen werden können, hat die Bundesgeschäftsstelle ein umfangreiches Kampagnenpaket für die Arbeit

der Verbände vor Ort zusammengestellt.

Das Paket enthält

- Argumentationspapiere,
- Flugblätter zu jedem Reformkomplex,
- eine Musterrede und
- ein Set von Musteranzeigen.

Die Materialien finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de.

Diese Kernanliegen der CDU haben wir durchgesetzt.

Für die Zukunft des Standortes Deutschland ist unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und insbesondere die des Mittelstandes von herausragender Bedeutung. Die nun von den Koalitionspartnern vereinbarten Eckpunkte für eine Unternehmenssteuerreform sind in vielen Punkten reine CDU-Programmatik (Erbschaftssteuerreform bei Betriebsnachfolge ohne Arbeitsplatzüberprüfungsklausel, Abgeltungssteuer, weitgehend rechtsformneutrale Besteuerung etc.) und somit ein großer Fortschritt.

Darüber hinaus ist unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit unseren Ministerpräsidenten und Landesregierungen sowie mit der Bundesregierung ein Quantensprung bei der Entflechtung der

Beziehungen zwischen Bund und Ländern gelungen. Die Föderalismusreform stellt die bedeutendste Staatsreform seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland dar. Endlich bekommen wir eine klare Aufgabentrennung von Bund und Ländern. Uns ist es wichtig, dass die Entscheidungsprozesse in der Politik für die Bürgerinnen und Bürger transparenter werden. Die Föderalismusreform sorgt dafür, dass wieder klar wird, wer in unserem Land für welche politischen Entscheidungen die Verantwortung trägt. Damit befördern wir, dass die Menschen wieder mehr Vertrauen in die Politik fassen können.

In Regierungsverantwortung müssen auch unangenehme Dinge angepackt werden. Keiner von uns hat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz gewollt. Wir alle halten die entsprechenden EU-Richtlinien für über-

flüssig. Dennoch mussten wir sie umsetzen. Das hat einigen Wirbel verursacht. Doch in der Schlussrunde ist es gelungen, wesentliche Verbesserungen gegenüber dem Entwurf durchzusetzen. Das beschlossene Paket entspricht nunmehr den gemeinsamen Erwartungen der unionsgeführten Bundesländer.

Die Profilierung der CDU in der Großen Koalition ist unser Interesse – ein permanentes Hick-Hack mit dem Koalitionspartner nicht. Die unionsgeführte Bundesregierung arbeitet die von Union und SPD beschlossenen und im Koalitionsvertrag niedergelegten Ziele Punkt für Punkt ab. Die Richtschnur der CDU ist unverändert: Wir unterstützen das, was Deutschland voran bringt.

Vor der nächsten Europa- und Bundestagswahl, aber auch vor den bis dahin anstehenden Landtagswahlen, wird vor allem entscheidend sein, ob es der unionsgeführten Bundesregierung gelingt:

- die größte soziale Ungerechtigkeit in Deutschland, die Massenarbeitslosigkeit, abzubauen,
- mehr Wachstum als Voraussetzung für Wohlstand zu befördern,
- mit Blick auf kommende Generationen den Haushalt zu sanieren und
- den Menschen durch zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme mehr Sicherheit für sich und ihre Familien zu bieten.

Der erste Zwischenstand stimmt optimistisch: Erstmals seit dem Jahr 2001 steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze wieder an. Die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich gesunken – so stark wie nie seit der Deutschen Einheit. Das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr wird mehr als doppelt so hoch wie im vergangenen

Jahr sein. Das wirtschaftliche Klima entwickelt sich auch mit Blick auf das kommende Jahr erfreulich.

Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Deutschland kommt voran.

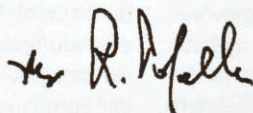
Es wurde viel getan und es liegt noch viel vor uns. Für die Große Koalition heißt es, unmittelbar nach der parlamentarischen Sommerpause weitere Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und den Haushalt 2007 anzupacken und sich auf die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands vorzubereiten. Für die Partei stehen die weitere Arbeit am Grundsatzprogramm sowie wichtige Landtagswahlen auf der Tagesordnung. Es gilt, endlich in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern den rot-roten Regierungen ein Ende zu setzen!

Ich freue mich auf diese Wahlkämpfe und rufe alle auf, Friedbert Pflüger in Berlin und Jürgen Seidel in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen.

Ich freue mich ebenso, dass nach sieben Jahren Rot-Grün die Bundesregierung von einer Kanzlerin der CDU geführt wird. Lassen Sie uns alle mithelfen, dass diese Arbeit für unser Land erfolgreich wird.

Deutschland freut sich über einen guten Sommer. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien sonnige und erholsame Ferientage.

Mit herzlichen Grüßen



Ronald Pofalla, MdB

Annette Schavan

Wofür steht die CDU?

Die Frage, wofür unsere Partei steht, wird uns auch in den kommenden Jahren begleiten. Deshalb ist es richtig, dass wir den Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm der CDU gehen. Die Frage der Unterscheidung politischer Programmatik beider Regierungsparteien erschließt sich nicht allein aus dem politischen Alltag.

Das war noch nie so. Fragen nach unserem politischen Selbstverständnis, nach unseren Grundsätzen und einer überzeugenden Programmatik müssen langfristig angelegt sein. Das ist die Rolle eines Grundsatzprogramms. Es muss Kontinuität und Weiterentwicklung unserer politischen Programmatik zeigen.

Ein wesentlicher Gründungsimpuls der CDU war der Wunsch nach der Integration wertkonservativer, liberaler und christlich-sozialer Traditionen. Nie waren wir nur auf eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe fixiert. Die CDU hat damals die Kraft zu einer ungewöhnlichen Integration gehabt: Wir sind nicht die Partei der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer; wir sehen beide in ge-



Annette Schavan, stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands

meinsamer Verantwortung und sprechen beide an. Wir sind weder eine katholische noch eine evangelische Partei; wir haben die Zusammenarbeit der Konfessionen und damit das Ökumenische stark befördert. Wir richten uns nicht an bestimmte Klassen; wir erheben den Anspruch, für alle Menschen Politik zu gestalten. Integrationsprozesse sind auch heute wieder notwendig: ■ Integration zwischen Menschen aus unterschiedlichen Nationen, Kulturen und Religionen, die in unserem Land leben. ■ Die Integration derer, die drohen, Modernisierungsverlierer zu werden, durch deren Teilhabe an guter Bildung und Ausbildung. ■ Integrative Prozesse in der Europäischen Union, die über ökonomische Prozesse

deutlich machen, was die kulturelle Substanz Europas ausmacht.

Diese Bundesregierung hat mit der Einrichtung des Amtes einer Staatsministerin für Integration im Kanzleramt ein wichtiges Signal gesetzt. Der Integrationsgipfel am 14. Juli 2006 war der Auftakt zu einer konsequenten Integrationspolitik für unser Land. Unser Grundsatzprogramm muss deutlich machen, dass wir heute wie damals die Partei sind, die am ehesten die Kraft zur Integration hat.

Die CDU hat sich vor über 60 Jahren entschieden, das „C“ in den Parteinamen aufzunehmen. Das ist Ausdruck einer Leitidee, die uns seither prägt. Aus der Tradition des Christentums erwächst die besondere Stellung des einzelnen Menschen, die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Würde eines Jeden, der Impuls für Subsidiarität und föderalem Staatsaufbau, der Vorrang der kleinen Einheit vor der großen Einheit und nicht zuletzt der Mut zu Freiheit und Verantwortung. Alle Reformdebatten heute zeigen, dass wir eine neue Balance im Verhältnis

zwischen Bürger und Staat brauchen. Ein Staat, der sich selbst durch Schaffung von immer mehr Rechtsansprüchen überfordert, kann dauerhaft kein zuverlässiger Partner der Bürgerinnen und Bürger sein. Oswald von Nell-Breuning, ein Klassiker der katholischen Soziallehre, hat schon vor vielen Jahren festgestellt: „Hilfe, die den Menschen in Stand setzt oder es ihm erleichtert, sich selbst zu helfen, oder die seine Selbsthilfe erfolgreicher macht, ist echte Hilfe; noch so wohl gemeinte Maßnahmen, die den Menschen an der Selbsthilfe hindern, ihn davon abhalten oder den Erfolg seiner Selbsthilfe beeinträchtigen oder gar sie ihm verleiden, sind in Wahrheit keine Hilfe, sondern das Gegenteil davon, sie schädigen den Menschen.“ Das mag in unseren Ohren ungewohnt klingen. Dennoch ist es richtig. Wir setzen nicht auf immer mehr Rechtsansprüche und den Zentralismus staatlichen Handelns. Wir setzen auf die freie Entfaltung der Person, auf die Achtung und Wahrung seiner Würde und auf die Fähigkeit zur Verantwortung von Personen.

Als wir 1994 unser letztes Grundsatzprogramm veröffentlichten, galt noch der Eindruck, Religionen – also

auch das Christentum – seien auf dem Rückzug. Vieles klang damals eher technokratisch. Heute ist das anders. Viele sprechen von einer Wiederkehr der Religion. Die Frage nach einem tragenden Fundament für das Leben der Einzelnen wie für politisches Handeln werden wieder mit Nachdruck gestellt. Technokraten überzeugen nicht wirklich. Die Frage nach dem Sinn des Lebens, nach den religiösen Wurzeln der Kulturen und der Wirkung des Christentums für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft werden wieder stärker anerkannt. An damit verbundenen Debatten über die Zukunft unserer Gesellschaft sollten wir uns beteiligen. Das gilt nicht zuletzt für den internationalen Dialog. Wir stehen mit unserem Verständnis von Politik und Religion für eine aufgeklärte Position. Aus dem Christentum lässt sich kein politisches Programm ableiten. Wir stehen für die Unterscheidung von Staat und Kirche. Wir wissen zugleich, dass aus dem „C“ ein Kompass erwächst, manchmal auch ein Stachel, der zu mehr Selbstkritik auffordert. Vor allem aber ist der Bezug auf das Christentum Grundlage unserer Überzeugung, wonach allem politischen Handeln die unantastbare

Würde des Menschen vorgelegt ist. Deshalb sind wir übrigens auch davon überzeugt, dass zu einem europäischen Verfassungsvertrag eine Präambel gehört, in der die Verantwortung vor Gott und dem Menschen steht. Das ist Teil der europäischen Tradition, die wir im 21. Jahrhundert nicht vergessen sollten.

Schließlich muss ein neues Grundsatzprogramm auch die Kraft zur Wiedergewinnung des Politischen in dem Sinne deutlich machen, dass wir unseren politischen Auftrag nicht darin sehen, nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen bedienen zu wollen. Eine neue Balance zwischen Bürger und Staat muss sich ausrichten am „Gewissen für das Ganze“ (Eduard Spranger). Der Staat darf nicht zur Geldverteilmaschine verkommen. Damit ist letztlich immer mehr Bevormundung verbunden. Er muss Kräfte in einer Gesellschaft stärken, die gestalten können und wollen, die sich um das Gemeinwohl kümmern und gesellschaftliche Entwicklung voranziehen. Das bedeutet nicht einfach „weniger Staat“, gleichwohl aber eine Konzentration auf die staatlichen Aufgaben, die über kleinere Einheiten in der aktiven Bürgergesellschaft nicht geleistet wer-

den können. Nur wenn wir uns darauf konzentrieren, werden wir verlässliche Partner der Bürgerinnen und Bürger sein.

Die CDU ist nicht zuletzt als Antwort auf die verheerende Wirkung des Nationalsozialismus und des damit verbundenen totalitären Verständnisses des damaligen Staates gegründet worden. Die meisten Gründer der CDU waren im Widerstand tätig und an Leib und Leben bedroht. Sie haben deshalb von Anfang an vor

staatlicher Überheblichkeit und Bevormundung gewarnt. Sie wussten um die Bedeutung der Wahrung der Freiheit und haben sich für einen Staatsaufbau eingesetzt, der Garant für eine freiheitlich-demokratische Ordnung ist. Dem entspricht die föderale Ordnung am ehesten.

Die CDU ist die Partei der Deutschen Einheit und der europäischen Einigung – auch und gerade deshalb, weil wir uns vor purer technokratischer Politik immer

bewahrt haben. Politisches Handeln der CDU muss geprägt sein von Grundsätzen und muss die Kraft zur Orientierung haben. Das wird unsere Aufgabe in den nächsten Monaten sein: Ein Programm zu schreiben, das den Gründungsimpuls aufgreift, neue Aufgaben und Herausforderungen der Politik beschreibt, Kontinuität in unserem politischen Selbstverständnis deutlich macht und neue Antworten auf neue Fragen und Entwicklungen gibt.

Günther H. Oettinger

Herausforderung Digitalisierung

Die technologischen Veränderungen in der Medienlandschaft setzen ständig neue Maßstäbe. Vor allem die rasant fortschreitende Digitalisierung stellt die Medienbranche, die Nutzer, aber auch die Medienpolitik vor immer neue und große Herausforderungen.

Für die Medienpolitik der CDU Deutschlands muss daher umso mehr gelten, die enorme Vielfalt und Qualität der deutschen Medienlandschaft trotz des sich wandelnden technologischen Umfeldes auch in Zukunft zu sichern.

Deswegen ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für den Innovations- und Wachstumsmarkt Medienbranche so zu gestalten, dass sich die Branche optimal entfalten kann – bei einem Minimum an Regulierung. Neue, innovative technische Entwicklungen und Geschäftsmodelle, die sich gerade durch die Digitalisierung ergeben, sollen nicht durch eine überregulierte Medienordnung verhindert werden. Neue Modelle können auch den Wettbewerb stärken und einen Beitrag zur Meinungsvielfalt leisten. Mehr Markt

bietet stets auch mehr Chancen für vielfältige wirtschaftliche Betätigungen.

Dies gilt es auch mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen im Bereich des exklusiven Rechteinkaufs von Content zu beachten: Denn mit dem Erwerb der Bundesliga-Fernsehrechte durch „Arena“, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft des Kabelnetzbetreibers Unity Media, und der Bundesliga-Internetrechte durch die Telekom wurde eine medienpolitische Wende eingeleitet. Unternehmen, welche sich bisher aus-

schließlich auf die technische Weiterleitung des Programms konzentrierten, bieten nun selbst Inhalte an.

Trotz zahlreicher Bedenken – gerade von privaten Rundfunkanbietern – wegen dieser bisher einmaligen Konstellation sollte den Infrastrukturanbietern der Zugang zum Contentmarkt nicht erschwert werden. Es ist jedoch sicherzustellen, dass den anderen Programm-anbietern ein diskriminierungsfreier Zugang zum Endkunden erhalten bleibt. Dies gilt sowohl für den Zugang selbst, als auch für die Modalitäten wie z.B. die Höhe der Entgelte. Es ist nicht auszuschließen, dass die Länder in dieser Frage auf zukünftige Entwicklungen mit gesetzlichen bzw. staatsvertraglichen Maßnahmen reagieren müssen.

Neben solch neuartigen Entwicklungen, die die Digitalisierung überhaupt erst ermöglichte, kann durch den technologischen Fortschritt aber auch das traditionelle Gefüge im dualen Rundfunksystem ins Ungleichgewicht geraten. Medienpolitik muss daher ebenso dafür sorgen, dass zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk auch in Zukunft ein fairer Wettbewerb stattfinden kann. Denn beide Säulen



Günther H. Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg

des dualen Rundfunksystems sind als integraler Bestandteil unseres demokratischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens unverzichtbar.

Dabei wird es für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerade im sich verschärfenden Wettbewerb des digitalen Zeitalters immer wichtiger, sich als objektiver und glaubwürdiger Informationsanker zu präsentieren. Die Erfüllung des Grundversorgungsauftrages mit Information, Bildung, Unterhaltung und Kultur muss für die Programme von ARD und ZDF absolute Priorität haben. Es gilt, sich wieder verstärkt auf Qualität und nicht auf die Quote zu konzentrieren. Diese Unterscheidbarkeit zu den privaten Sendern ist schließlich ein Legitimationsgrund für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. ARD und ZDF müssen außerdem

technisch und finanziell in die Lage versetzt werden, ihren spezifischen Funktionsauftrag zu erfüllen. Dies darf nicht zu einem aufgeblähten Programm und einer übermäßigen finanziellen Belastung des Gebührenzahlers führen. Die Präsenz auf allen Verbreitungsplattformen beispielsweise darf auf keinen Fall reiner Selbstzweck sein. Selbstverständlich kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht von vornherein von der Teilhabe an neuen, bzw. digitalen Verbreitungstechnologien ausgeschlossen werden. Allerdings gibt es noch Diskussionsbedarf bei der Frage, welche Aktivitäten dem Funktionsauftrag der Anstalten entsprechen.

Nicht jeder technisch realisierbare Weg, die Zuschauer zu erreichen, muss auch vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk genutzt werden. Die Entwicklung neuer Programme beispielsweise für Handy-TV wird es jedenfalls nur dann geben, wenn diese im Austausch gegen bisherige Programme übertragen werden. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten wären insoweit gut beraten, bereits frühzeitig konkrete Konzepte für die digitale Zukunft vorzulegen.

Berlin

„Durchmarsch ins Rote Rathaus“

Mit den Worten: „Ich bin hier nicht auf der Durchreise, ich bin auf dem Durchmarsch ins Rote Rathaus“ bekräftigte Friedbert Pflüger auf einem Landesparteitag der Berliner CDU sein Engagement für die deutsche Hauptstadt. Bis zur Wahl am 17. September werde er sich „zerreißen und alles tun“, was er könne, um die Stadt wieder in die „Weltklasse“ zu führen, erklärte der Spitzenkandidat zur Berliner Abgeordnetenhauswahl.

Pflüger forderte in seiner Rede „null Toleranz gegenüber Kriminellen und mehr Polizei auf der Straße!“ Er wolle sich für mehr Studienplätze in Berlin einsetzen, denn das sei eine Investition in die Zukunft. Außerdem kündigte er die Einführung eines Seniorenbeauftragten an. Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium forderte zudem, dass der Berliner Mittelstand vom Großflughafen BBI profitieren müsse, machte jedoch gleichzeitig klar, dass es „ein katastrophaler Fehler“ wäre, „den City-Flughafen Tem-



Friedbert Pflüger

Foto: dpa

pelhof zu schließen. Er muss für Geschäftsflyer offen bleiben und eine Luftbrücke der Ideen werden.“ so Pflüger.

Als oberstes Ziel für eine CDU-geführte Regierung in Berlin nannte Friedbert Pflüger eine Unterrichtsgarantie für Berlin: „Unsere Priorität Nr. 1 ist: Wir wollen mehr für Schule tun als Rot-Rot. Vor allem wollen wir keine Einheitsschule, sondern Vielfalt und die Zahl der Schüler in Privatschulen verdoppeln.“ Mit Bezug auf den die Fußball-Weltmeisterschaft begleitenden Nationalstolz wünschte sich Pflüger, „dass wir auch nach der Fußball-WM ein unverkrampftes Verhältnis zu den nationalen Symbolen haben.“ Der Berliner Spitzenkandidat

weiter: „Ich möchte, dass wir unser Land, unsere Menschen lieben. Ohne Liebe zum Vaterland lösen wir die großen Probleme nicht.“

Der rot-roten Landesregierung warf Pflüger vor, sie habe Berlin „perspektivloser und ärmer“ gemacht. Auch Gastrednerin Bundesbil-

dungsministerin Annette Schavan kritisierte den Berliner Senat und warf ihm vor, ein veraltetes Bildungssystem ohne die notwendige Wertevermittlung zu haben. „Sie bleiben verliebt in die Ideen der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts“, kritisierte sie.

Die Berliner CDU verabschiedete auf dem Parteitag ihr Wahlprogramm. Schwerpunkte des Programms, das den Titel „Berlin kann mehr“ trägt, sind Arbeit, Wirtschaft, Bildung und Sicherheit.

Das Wahlprogramm der CDU Berlin im Wortlaut finden Sie unter:
www.cdu-lv-berlin.de



Rheinland-Pfalz

Baldauf neuer Landesvorsitzender

Mit überwältigender Mehrheit wurde Christian Baldauf zum neuen Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz gewählt. Für Christian Baldauf, der auch Vorsitzender der Landtagsfraktion ist, votierten auf dem 59. Landesparteitag in Mülheim-Kärlich 93 Prozent der Delegierten.

Als Stellvertreter Baldaufs wurden die Bad Kreuznacher Bundestagsabgeordnete Julia Klöckner (91,5 %) und der Landrat des Kreises Trier-Saarburg Günther Scharz (89,5 %) gewählt. Um die Finanzen kümmert sich ab sofort der neue Schatzmeister Peter Bleser (85,3 %, langjähriger Bundestagsabgeordneter aus Cochem).

„Wenn sich das Wir-Gefühl nicht wieder einstellt, haben wir keine Chance!“ rief Christian Baldauf bei seiner Vorstellung in den vollbesetzten Saal. „Ich baue auf Sie alle nicht als Mitglieder, sondern als Mitstreiter.“ In seiner immer wieder von Applaus unterbrochenen Rede ließ er keinen Zweifel daran, wohin der Weg gehen soll: Gemeinsam in innerer Eintracht auf das Wahljahr 2011 hinarbeiten



Der geschäftsführende Landesvorstand: (v. li.): Peter Bleser, Julia Klöckner, Christian Baldauf und Landrat Günther Scharz.

Foto: Stefan Sämmer

und in die Staatskanzlei einziehen. „Wir haben nicht nur die bessere Politik, wir haben auch die besseren Köpfe“, so Baldauf. Dabei müssten alle Kräfte endlich darauf ausgerichtet werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen: „Nicht die Mopsfledermaus, sondern der Mensch in Brot und Arbeit hat Priorität!“ Zugleich dürfe sich die Bildungspolitik nicht damit abfinden, dass 800.000 Schulstunden pro Jahr ausfallen. Unverantwortlich sei die maßlose Schuldenpolitik von Kurt Beck, die den nachfolgenden Generationen jeden Spielraum raube. „Der schmeißt eine Lokalrunde nach der anderen, aber wenn es um die Bezahlung der Zeche geht, ist er weg.“

Christian Baldauf kündigte an, bei der Parteiaus-

richtung an der einen oder anderen Stellschraube nachzudrehen: „Wir brauchen klare Konturen, wir brauchen Ecken und Kanten, wir müssen künftig besser erklären, wofür wir stehen!“ Die Partei dürfe nicht dem Zeitgeist hinterher rennen, sondern müsse sich wieder mehr den Stammwählern zuwenden und aufhören, auf die Wechselwähler zu spielen.

Herzlich dankte Baldauf seinem Vorgänger Christoph Böhr, der die Partei neun Jahre lang geführt hatte, für seinen Einsatz. Die Niederlage der CDU sei eine gemeinsame Niederlage.

In seiner Bilanz sah Böhr für die Partei „eine ganze Reihe guter Gründe, um wieder Hoffnung zu schöpfen“.

Bremen

60 Jahre CDU Bremen

„Nur mit einer starken CDU in der Regierungsverantwortung wird Bremen auch künftig seine Selbstständigkeit sichern können!“

Mit diesen Worten blickte der CDU-Landeschef und Staatsminister im Bundeskanzleramt, Bernd Neumann, anlässlich der Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen des Landesverbandes der CDU Bremen, zu denen auch der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff gekommen war, in die Zukunft. „Die CDU Bremen wird auch künftig mit ganzer Kraft dazu beitragen, dass unser Bundesland für seine Bürgerinnen und Bürger lebensfähig und lebenswert bleibt!“

Bernd Neumann blickte in seiner Rede vor knapp 900 Gästen auf das schwierige Umfeld der Gründung des Landesverbandes vor genau 60 Jahren zurück und erinnerte an die erste Regierungsbeteiligung der CDU in der großen Koalition aus SPD, CDU und FDP von 1951-1959. Erstmals seit jener Zeit wirke die CDU Bremen seit 1995 wieder erfolgreich im Senat mit.

Bernd Neumann erinnerte in diesem Zusammen-



Bürgermeister Thomas Röwekamp, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff und CDU-Landeschef Bernd Neumann (v. l. n. r.)

hang daran, dass der damalige SPD-Bürgermeister Wilhelm Kaisen die Regierungsbeteiligung der CDU im Senat auch mit dem verbesserten Kontakt zur CDU-Regierung im Bund begründete. „Was damals galt, gilt auch heute – insbesondere für 2007! Das von den Sozialdemokraten angestrebte Bündnis mit den Grünen birgt eine riesige Gefahr für unser Bundesland. Wenn Bremen im Rahmen der Verhandlungen über eine Neuordnung der Finanzbeziehungen mit dem Bund auf Akzeptanz für seine Belange stoßen will, muss in Bremen auch in den kommenden Jahren eine stabile und verantwortungsbewusste Politik betrieben werden – dies ist nur durch eine Große Koalition gewährleistet“, betonte Bernd Neumann mit Nachdruck.

Bernd Neumann wörtlich: „Jemand wie ich, dessen Lebensalter fast identisch ist mit dem der CDU und der mittlerweile schon 44 Jahre Mitglied dieser Partei ist, jemand der mehr als 27 Jahre als Vorsitzender diesen Landesverband führt, hat als Zeitzeuge Höhen und Tiefen miterlebt. Deshalb darf ich sagen: Unser 60jähriger Geburtstag fällt in eine Zeit, die die erfolgreichste in der gesamten Geschichte der Bremer CDU ist. Durch unsere Regierungsbeteiligung hat sich in entscheidenden Bereichen wie der Wirtschafts-, Verkehrs- und Baupolitik, der Bildungspolitik wie auch im Bereich der Inneren Sicherheit vieles zum Positiven verändert. Bremens Name hat wieder einen guten Klang!“

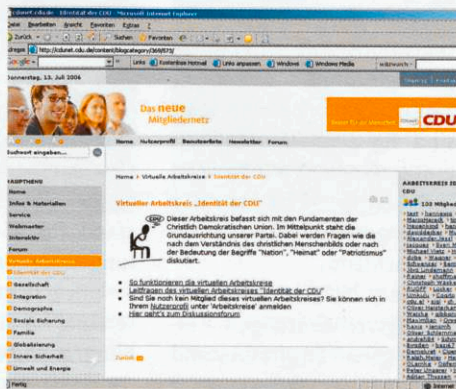
Die virtuellen Arbeitskreise

Flexible Mitarbeit am Grundsatzprogramm

Als erste Partei in Deutschland bietet die CDU virtuelle Arbeitskreise im Internet an. Damit können Mitglieder zeitlich und örtlich unabhängig am Grundsatzprogramm mitarbeiten. Der Zugang zu den virtuellen Arbeitskreisen steht allen Mitgliedern offen.

Nicht alle Mitglieder haben Zeit, in ihrem Kreis- oder Ortsverband am Grundsatzprogramm mitzuarbeiten. Solch praktische Widrigkeiten sollten aber nicht verhindern, dass sich jedes Mitglied an der Diskussion beteiligt. Deshalb hat die CDU als erste Partei in Deutschland virtuelle Arbeitskreise eingerichtet. Unter www.cdunet.de können Mitglieder im Mitgliedernetz ihren Beitrag zur Grundsatzprogramm-Diskussion beisteuern – wann sie wollen und von wo aus sie wollen. Das Wichtigste zu den virtuellen Arbeitskreisen:

- Es gibt siebzehn virtuelle Arbeitskreise, die sich jeweils mit einem Themenkomplex befassen, der in der Grundsatzprogramm-Diskussion von Bedeutung ist. Dazu zählen beispielsweise die Themen „Familie“, „Globalisierung“ und „Wirtschaft und Arbeit“.
- Jeder Arbeitskreis hat eine eigene Webseite innerhalb des CDUnets. Diese Seiten sind über die Hauptnavigation in der linken Leiste allen Nutzern zugänglich. Auf den Arbeitskreis-Seiten bieten wir wichtige Dokumente und Informationen zum jeweiligen Thema an.
- Zu jedem Arbeitskreis gehört ein Diskussionsforum. Die Beiträge dieser Foren können alle CDUnet-Nutzer einsehen, aber nur Mitglieder des Arbeitskreises können Beiträge verfassen.



- Die Anmeldung zu einem oder mehreren virtuellen Arbeitskreisen ist ganz einfach: Im CDUnet die Seite des gewünschten Arbeitskreises aufrufen und dort auf den Anmelde-Link klicken.

Die Foren der virtuellen Arbeitskreise werden von Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle betreut. Wichtige Aussagen, Tendenzen und Formulierungen werden dokumentiert und zusammengefasst. Diese fließen dann in die Arbeit der Grundsatzprogramm-Kommission ein. Die Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses werden sich auch an der Diskussion beteiligen und Zwischenstände aus den Arbeitskreisen der Kommission in die virtuellen Arbeitskreise zurücktragen.

Im Rahmen der virtuellen Arbeitskreise soll künftig auch die Möglichkeit der gemeinsamen Dokumentenbearbeitung angeboten werden. Damit wird die dezentrale Arbeit der Arbeitskreis-Teilnehmer an einem Text möglich. Die Einführung dieses Instruments werden wir rechtzeitig bekannt geben.

Spracherwerb ist Integrationspflicht

Erklärung anlässlich des Integrationsgipfels der Bundesregierung:

Zwangsverheiratungen sind ein Zeichen von Integrationsverweigerung und fördern die Bildung von Gegengesellschaften in Deutschland.

Die Union will für Zwangsverheiratungen einen eigenen Straftatbestand

schaffen. Damit stärken wir die Opfer und bewirken ein Unrechtsbewusstsein, da Zwangsverheiratung nach wie vor noch als traditioneller Kulturbestandteil wahrgenommen wird.

Wir freuen uns, dass nun auch die SPD in ihren Leitlinien zur Integrationspolitik einen eigenen Straftatbestand für Zwangsverheiratungen fordert.

Unverzichtbare Voraussetzung für einen sinnvollen Integrationsweg ist der



Johannes Singhammer

Nachweis von Deutschkenntnissen vor der Einreise. Gerade Frauen, die ihrem

KLIMKE: RÜCKENWIND DER WM FÜR TOURISMUSMARKETING NUTZEN

Deutschland hat, so FIFA-Präsident Blatter, die bisher beste Fußball-WM aller Zeiten ausgerichtet. Viele Klischees über die Deutschen wurden dabei über den Haufen geworfen. Jetzt sollte der Rückenwind für eine Imagekampagne für das Reise-land Deutschland genutzt werden.

Laut einer Umfrage der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) fühlten sich mehr als 90% der Besucher willkommen, statt erwarteter einer Million ausländischer Gäste kamen zwei Millionen. Fast die Hälfte der Besucher war darüber hinaus noch nie zuvor in Deutschland. Schon allein damit vergrößert sich das

Potenzial für Deutschlandreisen, da erfahrungsgemäß bereits besuchte Ziele häufiger wieder bereist werden. Somit wird der Deutschlandtourismus und damit die gesamte, vor allen Dingen aber die mittelständische deutsche Wirtschaft nachhaltig von der WM profitieren.

Andererseits ist die Kenntnis über Deutschland sogar in vielen europäischen Staaten begrenzt bzw. von negativen Vorurteilen geprägt. Wenn britische Reisebüro-Angestellte in einer Befragung des Europäischen Tourismus Instituts Aussagen dahingehend



Jürgen Klimke, MdB

treffen, Deutschland sei das am schlechtesten beworbene Land und scheine nicht interessiert am Tourismus, zeigten sich die Defizite. Eine Imagekampagne

der DZT, unterstützt von den Auslandsvertretungen aber auch mit Hilfe der Wirtschaft sollte die große Aufmerksamkeit, die Deutschland derzeit genießt, für das Tourismusmarketing nutzen und das neue, moderne Deutschlandbild transportieren, das sich seit der WM jenseits des Lederhosen tragenden Deutschen etabliert hat. Die Initialzündung hierfür muss aus dem Bundestag kommen.

Ehemann nachziehen, laufen Gefahr, ohne ein Mindestmaß an Sprachkenntnissen in Deutschland ein Leben in Isolation zu führen.

Johannes Singhammer

ist der frauenpolitische Fraktions­sprecher.

Deutsche Personalpräsenz erhöhen

Mit der Einweihung des neuen Campus der Vereinten Nationen in Bonn wird das stärkere Engagement Deutschlands in den Vereinten Nationen unterstrichen.

Die Rolle der internationalen Institutionen in der Weltpolitik nimmt kontinuierlich zu. Doch gerade im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist eine große Zersplitterung der Organisationen und Instrumente der UN festzustellen. Das UN-System bedarf daher einer organisatorischen und inhaltlichen Straffung, um die Effizienz der internationalen Zusammenarbeit zu erhöhen und zu einer klaren Arbeitsteilung zu kommen. Deutschland kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, nicht nur als UN-Mitglied und Beitragszahler, sondern als konstruktiver Ideengeber und Vermittler.



Christian Ruck

Einen konstruktiven Beitrag kann aber nur der leisten, der präsent ist und die Strukturen kennt. Die Bundesregierung muss daher die deutsche Personalpräsenz in den internationalen Institutionen erhöhen. Dazu gehört eine konsequente und langfristige Personalstrategie, die Förderung von Netzwerken im deutschen Interesse, attraktive Rahmenbedingungen für deutsche Kandidaten zur Aufnahme befristeter Stellen und entsprechende Ausbildungsmaßnahmen



Otto Bernhardt

im Hochschulbereich.

Christian Ruck ist der entwicklungspolitische Fraktions­sprecher.

Investitionszulagengesetz 2007 – Aufbau Ost geht weiter

Mit der Zustimmung des Bundesrats kann in den neuen Ländern die Förderung mit Investitionszulage auch über das Jahr 2006 fortgesetzt werden. Der Deutsche Bundestag hatte das Investitionszulagenge-

LANDESVERBAND BRAUNSCHWEIG

Auf einem Landesparteitag in Braunschweig wurde der Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme (links) zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er löst damit Heinrich-Wilhelm Ronsöhr ab.





Manfred Kolbe

setz 2007 am 2. Juni 2006 verabschiedet. Dieses Gesetz ist ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche und zuverlässige Finanzpolitik der Großen Koalition.

Mit dem Investitionszulagengesetz 2007 wird die Investitionszulage für die neuen Länder bis 2009 verlängert. Dies war bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD im November 2005 vereinbart worden. Das Volumen der Förderung bleibt mit jährlich rd. 600 Mio. € nahezu unverändert. Hinsichtlich der Förderatbestände wurde das Beherbergungsgewerbe anstelle des Leasings aufgenommen.

Mit der Fortführung der Investitionszulage bis 2009 stoßen wir Investitionen in Höhe von knapp 10 Mrd. Euro für die nächsten dreieinhalb Jahre an. Dies ist eine echte Förderung des weiteren Aufbau Ost, senkt die

Arbeitslosigkeit und begegnet der Abwanderung junger Menschen.

Otto Bernhardt ist der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, **Manfred Kolbe** ist der zuständige Berichterstatter in der Arbeitsgruppe Finanzen.



Hubert Hüppe

Eckpunkte der Gesundheitsreform positiv für Behinderte

Das Eckpunktepapier zur Gesundheitsreform 2006 enthält viele gute Ansätze, die zeigen, dass die Interessen behinderter Menschen am Verhandlungstisch mit bedacht werden. Damit fließen Anregungen von Betroffenenverbänden, die vielfach an die Politik herangetragen wurden, in den politischen Gestaltungsprozess ein.

Die Schnittstelle zwischen der Akutversorgung, der Rehabilitation und Pflege soll besser geregelt werden, damit die Patienten eine optimale Versorgung erhalten, und zukünftig nicht mehr durch Unterbrechungen der Behandlung wertvolle Gelder verschwendet werden. Beispielsweise soll die häusliche Krankenpflege zukünftig auch in neuen Wohnformen, wie Wohngemeinschaften behinderter

Menschen, und in Ausnahmefällen in Heimen erbracht werden können, nicht nur in Privathaushalten. Das Entlassungsmanagement von Krankenhäusern wird verbessert, damit die Patienten auf eine nahtlose Versorgung zählen können. Der Grundsatz „Rehabilitation vor und bei Pflege“ muss durch die Erbringung von geeigneten Präventions- und Reha-Leistungen umgesetzt werden.

Die Patientenbeteiligung im Gemeinsamen Bundesausschuss hat sich bewährt, und wird weiterhin beibehalten. Die Einbringung der Expertise von betroffenen Menschen ist auch im Gesundheitswesen eine wertvolle Bereicherung, auf die in Zukunft nicht verzichtet werden kann.

Hubert Hüppe ist der Fraktionsbeauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

Feuerzeug

Bestell-Nummer: **9506**
 Preis je **50 Stück: 25,00 €**
 inkl. MwSt.: 29,00 €



CDU-ID-Band

Bestell-Nummer: **9833**
 Preis je **20 Stück: 15,00 €**
 inkl. MwSt.: 17,40 €



Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**
 Preis je **100 Stück: 13,50 €**
 inkl. MwSt.: 15,66 €



Armband „Besser für die Menschen. CDU“

Das modische Armband aus Silikon zum überstreifen.

Bestell-Nr.: **9272**
 Preis je **50 Stück: 18,00 €**
 Preis inkl. MwSt.: 20,88 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



CDU Sonnenschirm

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je **Stück: 38,00 €**

inkl. MwSt.: 44,08 €

Fußständer für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**

Preis je **Stück: 6,50 €**

inkl. MwSt.: 7,54 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de